

Nur mit einer rationalen Klimapolitik werden wir in Deutschland die angestrebte Minimierung der CO₂-Emissionen erreichen, ohne unseren Wohlstand zu gefährden. Mit einer solchen Klimapolitik ist auch die weitere Nutzung von Braunkohle vereinbar.

Wenn wir nicht energisch gegen den Klimawandel vorgehen, übergeben wir künftigen Generationen sehr wahrscheinlich eine Welt, in der sie einen hohen Preis für unsere Unterlassungen zahlen müssen. Zweifellos brauchen wir deshalb Klimapolitik. Die Frage ist lediglich, wie wir sie verantwortungsvoll und rational gestalten. Konkret ist damit gemeint, dass wir zwei zentrale Aspekte mitbeachten müssen: die Begrenztheit unserer wirtschaftlichen Ressourcen und unsere Versorgungssicherheit.

Wir können etwa darüber streiten, auf wie viel Einkommen wir zugunsten des Klimaschutzes verzichten wollen. Die letztlich zur Verfügung stehenden Mittel werden jedoch immer endlich sein. Demnach kann und darf rationaler Klimaschutz nicht CO₂-Vermeidung um jeden Preis bedeuten. Dies wird von der Politik leider häufig nicht berücksichtigt. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die EU-weite Einführung der Energiesparlampe, die hohe Kosten verursacht, aber kein Gramm CO₂ einspart. Denn aufgrund der neuen Lampen sinken zwar der Stromverbrauch und damit auch die CO₂-Emissionen der Stromproduzenten – die allerdings verkaufen die entsprechenden Emissionsrechte. Das CO₂ wird dann beim Käufer der Rechte emittiert, vielleicht in einem französischen Aluminiumwerk oder in einer italienischen Glashütte.

Ohne solche klimapolitischen Eingriffe, mit denen Verbrauchern und Industrie vorgeschrieben wird, wie und wo

Der Handel mit Emissionsrechten ist eine der Grundlagen einer rationalen Klimapolitik. Wir müssen aber auch Sorge dafür tragen, im Übereifer nicht die ökonomischen Grundlagen unseres Gemeinwesens zu beschädigen, indem wir die Sicherheit unserer Energieversorgung auf

»DIE NUTZUNG DER BRAUNKOHLE STEHT NICHT IM WIDERSPRUCH ZU EINER RATIONALEN KLIMAPOLITIK.«

dem Altar des Klimaschutzes opfern. Wir brauchen eine verlässliche und wettbewerbsfähige Energie- und Stromversorgung. Sie ist essenziell für unseren Wohlstand und

nur wohlhabende Gesellschaften können sich teure „saubere“ Energie leisten.

Eine teure Angelegenheit wird die Emission von Klimagas für die Stromproduzenten, weil der CO₂-Markt sie verpflichtet, für die emittierten CO₂-Mengen entsprechende Rechte vorzuhalten bzw. zu erwerben. Da diese Kosten in den Strompreis einfließen, scheint nun unter allen Primärenergieträgern gerade die Braunkohle am stärksten betroffen zu sein. Soll man deswegen auf sie verzichten? Das wäre keine kluge Entscheidung. Braunkohle ist bei uns besser verfügbar als die anderen Primärenergieträger und leicht abbaubar. Zudem sichert Braunkohlestrom unsere Versorgung in der Grundlast. Die erneuerbaren Energien werden noch länger nicht in der Lage sein, die Kernenergie oder die Braunkohle zu ersetzen und schon gar nicht beide gleichzeitig. Das zeigt die Grafik überdeutlich.

»DIE RATIO IST EINE BESSERE RATGEBERIN FÜR DIE KLIMAPOLITIK ALS ALLE IDEOLOGIEN.«

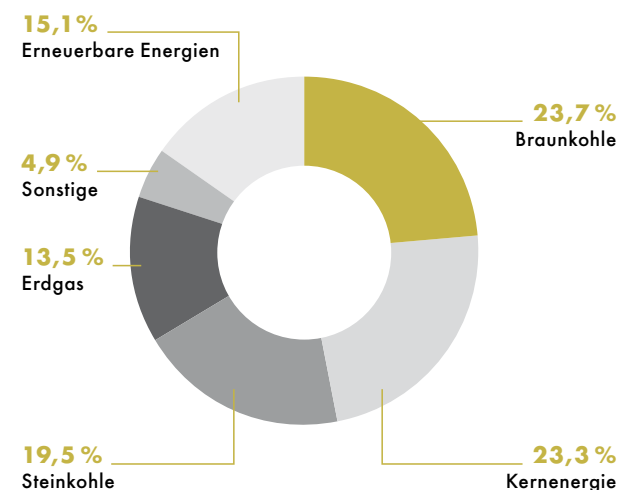
sie CO₂ einzusparen haben, wäre der Handel mit CO₂-Emissionsrechten ein sehr sinnvolles Instrument. Die EU hat ihn 2005 eingeführt, damit Klimapolitik kosteneffizient gelingt. Er legt verbindlich fest, wie viel Kohlendioxid im

»MIT DEM EMISSIONSHANDEL LASSEN SICH DIE KLIMASCHUTZZIELE KOSTENEFFIZIENT ERREICHEN.«

Rahmen des Emissionshandels der EU emittiert werden darf. Welche Einsparungen vorgenommen werden, müssen die großen Energieverbraucher und die Stromproduzenten entscheiden, denn es liegt in ihrem eigenen Interesse, die kostengünstigste Form der CO₂-Vermeidung zu wählen, und darüber hinaus verfügen sie über die dazu erforderlichen Informationen.

Anteile der Energieträger an der Stromerzeugung in Deutschland, 2008

Anteile in Prozent – gesamt: 638 Mrd. kWh



Insbesondere steht die Nutzung von Braunkohle auch nicht im Widerspruch zu einer rationalen und zugleich restriktiven Klimapolitik, wie manche behaupten. Der Emissionshandel stellt in jedem Fall sicher, dass die CO₂-Emissionen im Emissionshandelssektor gedeckelt bleiben, zu dem neben der Stromerzeugung ebenso die energieintensive Industrie gehört. Der EU steht es frei, diesen Deckel tiefer zu legen und die CO₂-Emissionen in diesem Sektor weiter zu reduzieren. Die Klimaziele, zu denen sich Deutschland und die EU verpflichtet haben, lassen sich damit nicht nur erreichen, sondern kosteneffizient realisieren. Wie bei allen Klimarestrictionen der optimale Energiemix zusammenzustellen ist, steht auf einem anderen Blatt. Die Braunkohle als leistungsstarker Energieträger wird in diesem Mix jedenfalls noch für Jahrzehnte eine bedeutende Rolle spielen.

Lesen Sie weitere Expertenbeiträge:
www.braunkohle-forum.de

DIE BRAUNKOHLE. WAS LIEGT NÄHER?

EIN DISKUSSIONSBEITRAG VON
PROF. DR. JOACHIM WEIMANN,
LEITER DES LEHRSTUHL
FÜR WIRTSCHAFTSPOLITIK
AN DER OTTO-VON-GUERICKE-
UNIVERSITÄT MAGDEBURG



QUELLE: ARBEITSGEMEINSCHAFT ENERGIEBILANZEN, 2009